

Festlegung der Erlösobergrenzen nach § 29 Abs. 1 Energiewirtschaftsgesetz (EnWG) i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1 Anreizregulierungsverordnung (ARegV) für die erste Regulierungsperiode bezogen auf das Gasverteilnetz

Festlegung

In dem Verwaltungsverfahren nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr. 1, § 4 Abs. 1 und 2 ARegV

wegen: **Bestimmung der Erlösobergrenzen**

legt die Landesregulierungsbehörde Energie des Landes Rheinland-Pfalz fest:

1. Die kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers werden für den Zeitraum der ersten Regulierungsperiode gemäß Anlage 1 dieses Bescheids festgelegt.
2. Der Antrag auf Gewährung eines Erweiterungsfaktors nach § 10 ARegV wird abgelehnt.
3. Der Antrag auf Gewährung eines pauschalierten Investitionszuschlags nach § 25 ARegV wird abgelehnt.
4. Der hilfsweise gestellte Antrag auf Berücksichtigung einer nicht zumutbaren Härte nach § 4 Abs. 4 Nr. 2 ARegV wird abgelehnt.

Gründe

I.

Die Landesregulierungsbehörde Energie hat von Amts wegen ein Verfahren zur Bestimmung der Erlösobergrenzen nach § 4 Abs. 1 und 2 der Anreizregulierungsverordnung vom 29.10.2007 - ARegV - (BGBl. I S. 2529) i.V.m. § 21a Abs. 2 S. 1 des Energiewirtschaftsgesetzes vom 07.07.2005 - EnWG - (BGBl. I S. 1970) eingeleitet.

Die Teilnahme des Netzbetreibers am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV wurde von der Landesregulierungsbehörde Energie am 18.12.2007 genehmigt.

Der Netzbetreiber hat mit Schreiben vom XX.XX.XXXX einen Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze nach § 10 ARegV (Erweiterungsfaktor) gestellt.

Ferner hat der Netzbetreiber am XX.XX.XXXX einen Antrag auf Anerkennung eines pauschalierten Investitionszuschlags nach § 25 ARegV gestellt.

Darüber hinaus hat der Netzbetreiber einen Antrag auf Anpassung der Erlösobergrenze durch eine nicht zumutbare Härte gestellt.

Dem Netzbetreiber wurde Gelegenheit zur Stellungnahme nach § 67 EnWG gegeben.

II.

1 Zuständigkeit

Die Landesregulierungsbehörde Energie Rheinland-Pfalz ist gemäß § 54 Abs. 2 S. 1 Nr. 2 EnWG die zuständige Regulierungsbehörde.

2 Ermächtigungsgrundlage

Die Regulierungsbehörde bestimmt die Obergrenzen der zulässigen Gesamterlöse eines Netzbetreibers aus den Netzentgelten (Erlösobergrenze) gemäß § 4 Abs. 1 ARegV nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19, 22, 24 und 25 ARegV. Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen erfolgt durch Festlegung nach § 29 Abs. 1 EnWG i.V.m. § 32 Abs. 1 Nr.1 ARegV.

3 Regulierungsformel

Zum 01.01.2009 (vgl. §§ 1 und 3 Abs. 1 S. 1 ARegV) werden die Erlösobergrenzen für die Dauer der ersten Regulierungsperiode nach Maßgabe der §§ 5 bis 16, 19, 22, 24 und 25 ARegV bestimmt (§ 4 Abs. 1 und 2 ARegV). Die erste Regulierungsperiode der Anreizregulierung dauert vier Jahre (§ 34 Abs. 1b S. 1 i.V.m. § 3 Abs. 2 ARegV). Die Landesregulierungsbehörde Energie bestimmt die Erlösobergrenze für jedes Kalenderjahr der gesamten Regulierungsperiode (§ 4 Abs. 2 S. 1 ARegV).

Die festgelegten kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers in der ersten Regulierungsperiode der Anreizregulierung ergeben sich aus Anlage 1 (siehe Punkt 2.12).

Die Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen des Netzbetreibers erfolgt gemäß § 7 ARegV in Anwendung der in Anlage 1 zu § 7 ARegV enthaltenen Regulierungsformel.

$$EO_t = KA_{dnb,t} + (KA_{vnb,0} + (1 - V_t) \cdot KA_{b,0}) \cdot \left(\frac{VPI_t}{VPI_0} - PF_t \right) \cdot EF_t + Q_t$$

Ein wesentliches Element zur Bestimmung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen in der ersten Regulierungsperiode ist, neben der um den sektoralen Produktivitätsfortschritt (PF_t) bereinigten allgemeinen Geldwertentwicklung (VPI) nach §§ 8 und 9 ARegV und dem Erweiterungsfaktor (EF_t) nach § 10 ARegV, die durch den

Verteilungsfaktor (V_t) gleichmäßig abzubauen individuelle monetär bewertete Ineffizienz des Netzbetreibers, deren Abbau nach der zweiten Regulierungsperiode abgeschlossen sein soll (§ 16 Abs. 1 S. 2 ARegV). Die monetär bewertete Ineffizienz eines Netzbetreibers ermittelt sich aus der Differenz der Gesamtkosten (§ 6 ARegV) nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile im Sinne des § 11 Abs. 2 ARegV ($KA_{dnb,t}$) und den mit dem Effizienzwert im Sinne des § 15 Abs. 3 S. 1 ARegV multiplizierten Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten (§ 15 Abs. 3 S. 2 ARegV).

4 Effizienzwert nach § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV

Der Effizienzwert ergibt sich für Netzbetreiber, die eine Genehmigung zur Teilnahme am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV erhalten haben, in der ersten Regulierungsperiode unmittelbar aus § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV. § 15 Abs. 1 und 2 ARegV findet im vereinfachten Verfahren keine Anwendung (§ 24 Abs. 3 ARegV).

Der Effizienzwert des Netzbetreibers beträgt in der ersten Regulierungsperiode

87,5 Prozent.

5 Ermittlung der Erlösobergrenzen des Netzbetreibers

Zur Bestimmung der Erlösobergrenzen ist in einem ersten Schritt das Ausgangsniveau gemäß § 34 Abs. 3 i.V.m. § 6 ARegV zu bestimmen. Daraufhin sind dann die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten ($K_{dnb,t}$), die vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten ($KA_{vnb,0}$) und die beeinflussbaren Kosten ($KA_{b,0}$) zu ermitteln. Zur Gewährleistung des gleichmäßigen Abbaus der beeinflussbaren Kosten ist sodann der Verteilungsfaktor gemäß § 16 Abs. 1 i.V.m. § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV zu ermitteln.

Darüber hinaus sind dann die weiteren Bestandteile der Formel zu ermitteln: der Wert für die um den sektoralen Produktivitätsfortschritt (PF_t) bereinigte allgemeine Geldwertentwicklung (VPI) nach §§ 8 und 9 ARegV, der Erweiterungsfaktor (EF_t) nach

§ 10 ARegV und das Qualitätselement (Q_t) nach § 18 ff. ARegV.

Eine Darstellung der in der Regulierungsformel verwendeten Werte und des Erlöspfades der Netzbetreiber findet sich in Anlage 1.

5.1 Bestimmung des Ausgangsniveaus zur Ermittlung der Erlösobergrenzen

Die Bestimmung des Ausgangsniveaus zur Ermittlung der Erlösobergrenze erfolgt auf Grundlage der §§ 6, 34 Abs. 3 ARegV. Für die erste Regulierungsperiode ist demnach gemäß §§ 6 Abs. 2, 34 Abs. 3 S. 2 ARegV das Ergebnis der Kostenprüfung der letzten Genehmigung der Netzentgelte nach § 23a EnWG vor Beginn der Anreizregulierung heranzuziehen. Als Basisjahr der ersten Regulierungsperiode gilt 2006 (§ 6 Abs. 1 S. 5 ARegV).

Die Landesregulierungsbehörde nimmt keine Anpassung des Ausgangsniveaus aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (BGH, Beschlüsse vom 14.08.2008, Aktenzeichen: KVR 34/07, KVR 35/07, KVR 36/07, KVR 39/07 und KVR 42/07) vor.

Von dem ermittelten Ausgangsniveau ist die Höhe der gemäß § 11 Abs. 2 ARegV dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten im Jahr t ($KA_{dnb,t}$) der jeweiligen Regulierungsperiode, unter Berücksichtigung etwaiger Anpassungen der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV, zu bestimmen. Die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten des Basisjahres 0 ($KA_{dnb,0}$) sind hierdurch grundsätzlich zu ersetzen. Im vereinfachten Verfahren ist gemäß § 25 Abs. 3 ARegV die Anpassung nur hinsichtlich der Veränderung des Verbraucherpreisindex nach § 8 ARegV sowie der Kosten für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen vorzunehmen. Denn gemäß § 24 Abs. 3 ARegV findet § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV mit Ausnahmen von § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 in Verbindung mit § 11 Abs. 2 S. 1 Nr. 4 ARegV im vereinfachten Verfahren keine Anwendung.

Eine Anpassung der Erlösobergrenze erfolgt gemäß § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV im ersten Jahr der jeweiligen Regulierungsperiode nicht.

Auch eine Änderung von Mehr- oder Mindererlösen im Rahmen der periodenüber-

greifenden Saldierung nach § 34 Abs. 1 ARegV in Verbindung mit § 10 GasNEV führt zu einer Anpassung der Erlösbergrenze.

5.1.1 Anpassung der Eigenkapitalverzinsung

Grundsätzlich ist gemäß §§ 6 Abs. 2, 34 Abs. 3 ARegV die Eigenkapitalverzinsung heranzuziehen, die dem Ergebnis der letzten Kostenprüfung nach § 23a EnWG entspricht. Ausgangspunkt für die Anpassung der Eigenkapitalverzinsung ist § 7 Abs. 6 GasNEV. Demnach sind die Eigenkapitalzinssätze vor Beginn einer Regulierungsperiode der Anreizregulierung durch die Regulierungsbehörde festzulegen und in Anwendung zu bringen. Für die Bestimmung der Erlösbergrenze zu Beginn der Anreizregulierung wurde mit der Festlegung vom 05.09.2008 für die Dauer der ersten Anreizregulierungsperiode für Neuanlagen ein Eigenkapitalzinssatz von 9,29 % vor Steuern und für Altanlagen ein Eigenkapitalzinssatz von 7,56 % vor Steuern festgelegt. Zur Herleitung der Zinssatzhöhe wird auf die Festlegung der Landesregulierungsbehörde vom 5. September 2008 verwiesen. Diese Festlegung würde leer laufen, wenn die neuen Eigenkapitalzinssätze nicht im Rahmen der Bestimmung des Ausgangsniveaus berücksichtigt würden. § 7 Abs. 6 GasNEV steht somit in einem Spannungsverhältnis zu § 6 Abs. 2 ARegV. § 7 Abs. 6 GasNEV wird von der Landesregulierungsbehörde als *lex specialis* angesehen und genießt somit Vorrang vor § 6 Abs. 2 ARegV. Eine Anpassung der Eigenkapitalverzinsung auf den neu festgelegten Zinssatz ist auch nicht durch § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV ausgeschlossen, da die Eigenkapitalverzinsung keine Kostenposition des § 11 Abs. 2 ARegV darstellt.

Die Landesregulierungsbehörde Energie nimmt die Anpassung der Eigenkapitalverzinsung dahingehend vor, dass sie die Eigenkapitalverzinsung, also die Verzinsung des Eigenkapitalanteils, der die zugelassene Eigenkapitalquote (40 %) nicht übersteigt, neu berechnet.

Die Festlegung der Eigenkapitalzinssätze hat lediglich Auswirkungen auf die Kostenposition Eigenkapitalverzinsung. Weitere Anpassungen erfolgen nicht. Eine Änderung des Fremdkapitalzinssatzes bleibt folglich in der Neuberechnung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung für das die 40%-Grenze überschießende Eigenkapital unberücksichtigt. Auch die Bemessung der kalkulatorischen Gewerbe-

steuer bleibt von der Zinssatzänderung unberührt. Die Anpassung der Gewerbesteuer ist in § 7 Abs. 6 GasNEV nicht vorgesehen.

Die Neuberechnung kann Anlage 2 entnommen werden.

5.1.2 Anpassung im vereinfachten Verfahren nach § 34 Abs. 3 ARegV

§ 6 ARegV findet gemäß § 34 Abs. 3 S. 1 ARegV bei Netzbetreibern, die am vereinfachten Verfahren nach § 24 ARegV teilnehmen, vor der ersten Regulierungsperiode keine Anwendung, soweit die Netzbetreiber im Rahmen der Genehmigung der Netzentgelte nach § 6 Abs. 2 ARegV keine Erhöhung der Netzentgelte auf Datengrundlage des Jahres 2006 beantragt haben. In diesem Fall ergibt sich gemäß § 34 Abs. 3 S. 2 ARegV das Ausgangsniveau für die Bestimmung der Erlösobergrenzen aus den Kosten, die im Rahmen der letzten Genehmigung der Netzentgelte nach § 23 a EnWG anerkannt worden sind. Diese sind gemäß § 34 Abs. 3 S. 3 ARegV für die Jahre 2005 und 2006 um einen jährlichen Inflationsfaktor in Höhe von 1,7% anzupassen.

Ausgehend vom Genehmigungsbescheid auf Basis der Kostendaten 2004 wird die darin enthaltene Kostenbasis um die kalkulatorische Eigenkapitalverzinsung bereinigt und anschließend gemäß den Verordnungsvorgaben um den Betrag einer zweijährigen Inflation erhöht. Die genaue Berechnung ist in der Anlage 3 ersichtlich.

Zur Aufteilung der in § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV normierten Anteile beeinflussbarer und nicht beeinflussbarer Kosten wird die Kostenbasis um die aktuell zu berücksichtigenden vorgelagerten Netzkosten ergänzt. Einer Inflationierung hinsichtlich der Kosten des vorgelagerten Netzes bedarf es nicht, da diese bereits durch die Aktualisierung dieser Aufwandsposition berücksichtigt wurde.

5.2 Ermittlung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten

Im vereinfachten Verfahren gelten gemäß § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV 45 Prozent der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ermittelten Gesamtkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile nach § 11 Abs. 2 ARegV. Bei der Ermittlung der Gesamtkosten bleibt gemäß § 24 Abs. 2 S. 4 ARegV die Konzessionsabgabe unberück-

sichtigt.

Abweichend von § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV gelten gemäß § 34 Abs. 3a ARegV hinsichtlich der Betreiber von Gasverteilernetzen im vereinfachten Verfahren 20 Prozent der nach § 14 Abs. 1 Nr. 1 ARegV ermittelten Gesamtkosten als dauerhaft nicht beeinflussbare Kostenanteile, solange keine Kostenwälzung aus vorgelagerten Netzebenen erfolgt. Seit dem 01. Oktober 2007 erfolgt eine Kostenwälzung aus vorgelagerten Netzen. Die Netzbetreiber haben der Landesregulierungsbehörde die Kostenwälzung und die dieser zugrunde liegenden Kostenwerte angezeigt. Die Landesregulierungsbehörde hat die Kostenwälzungen geprüft und die geprüften, nicht zu beanstandenden Kosten des vorgelagerten Netzes auf den netzscharf genehmigten Kostenblock addiert. Sind genehmigte Kosten auf Basis des Geschäftsjahres 2004 zu Grunde gelegt worden, so wird deren Inflationierung vor der Addition der vorgelagerten Netzkosten vorgenommen.

Von den so ermittelten Gesamtkosten gelten gemäß § 24 Abs. 2 S. 3 ARegV 45 Prozent als nicht beeinflussbar. § 34 Abs. 3a ARegV findet keine Anwendung.

5.2.1 Vorgelagerte Netzkosten

Die Kosten für die erforderliche Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen gemäß § 11 Abs. 2 Nr. 4 ARegV sind dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten, welche in den genehmigten Netzkosten der Gasnetzbetreiber nicht enthalten sind. Sie sind bei der Bestimmung des Ausgangsniveaus jedoch zu berücksichtigen. Die Landesregulierungsbehörde stellt dabei auf die von dem Netzbetreiber im Rahmen seiner Anzeige der Kostenwälzung vorgetragenen Werte ab (Anlage 3, Punkt 1.2, Zeile 23).

Dem steht auch § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV nicht entgegen.

Bei der Bestimmung des Ausgangsniveaus ist gemäß § 6 Abs. 2 ARegV auf die Genehmigung der Netzentgelte nach § 23a EnWG abzustellen. Die Landesregulierungsbehörde hat in der Netzentgeltgenehmigung, in Umsetzung des § 23a Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 EnWG, den Netzbetreibern die Auflage der unverzüglichen Anpassung der Entgelte bei Änderung der Kosten des vorgelagerten Netzes gemacht. Somit stellt hier die Verwendung der aktuellen Kosten des vorgelagerten Netzes bei der Bestimmung

des Ausgangsniveaus keine Anpassung im Sinne des § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV dar, da auf Grund der Entgeltgenehmigung und § 23a Abs. 2 Satz 2 Halbsatz 1 EnWG die genehmigten Netzentgelte die aktuellen vorgelagerten Netzkosten beinhalten.

Bei den vorgelagerten Netzkosten handelt es sich darüber hinaus für den Netzbetreiber um einen durchlaufenden Posten, wie auch aus §§ 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2, 5 Abs. 1 S. 2 ARegV ersichtlich wird. Würden im ersten Jahr der Regulierungsperiode die vorgelagerten Netzkosten mit 0 € angesetzt, würde das gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV dazu führen, dass die entstandenen Kosten voll auf das Regulierungskonto zu buchen und gemäß § 5 Abs. 2 ARegV zu verzinsen wären. Der Ausgleich dieses Saldos hat gemäß § 5 Abs. 2, S. 2, 4 ARegV dann in der folgenden Regulierungsperiode zu erfolgen. Schon allein um diese nach Ansicht der Landesregulierungsbehörde unverhältnismäßige zeitliche Verschiebung zu vermeiden, sind die aktuellen vorgelagerten Netzkosten in der Bestimmung des Ausgangsniveaus zu berücksichtigen.

5.2.2 Pauschalierter Investitionszuschlag gemäß § 25 ARegV

Dem Antrag des Netzbetreibers auf Einbeziehung eines pauschalisierten Investitionszuschlags kann nicht entsprochen werden, da § 25 ARegV gemäß § 24 Abs. 3 ARegV im vereinfachten Verfahren nicht anwendbar ist. Für die Anerkennungsfähigkeit des Antrages ist die Rechtslage im Entscheidungszeitpunkt maßgeblich. Die Tatsache, dass zum Zeitpunkt der Antragstellung § 25 nicht durch § 24 Abs. 3 ARegV ausgeschlossen war, ändert daran nichts, da es sich hierbei lediglich um eine Klarstellung handelt. Darüber hinaus kann § 25 ARegV aufgrund seiner Systematik im vereinfachten Verfahren keine Anwendung finden. Dadurch, dass § 25 Abs. 2, 3 ARegV auf § 14 ARegV und damit auf eine zentrale Norm zur Bildung des Effizienzvergleiches verweist, folgt, dass diese Vorschrift auf das vereinfachte Verfahren, in dem der Effizienzwert vorgegeben ist, nicht zutrifft.

5.3 Ermittlung der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten

Als vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß

§ 11 Abs. 3 S. 1 ARegV die mit dem Effizienzwert multiplizierten Gesamtkosten nach Abzug der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteile. In diesen sind gemäß § 11 Abs. 3 S. 2 ARegV die auf nicht zurechenbaren strukturellen Unterschieden der Versorgungsgebiete beruhenden Kostenanteile enthalten.

Die Höhe der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kosten ist Anlage 1 dort unter Punkt 2.3 (Zeile 14) zu entnehmen.

5.4 Beeinflussbare Kosten

Als beeinflussbare Kostenanteile gelten gemäß § 11 Abs. 4 ARegV alle Kostenanteile, die nicht dauerhafte oder vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile sind.

Die Höhe der beeinflussbaren Kosten ist Anlage 1 dort unter Punkt 2.3 (Zeile 17) zu entnehmen.

5.5 Verteilungsfaktor

Die Festlegung der Erlösobergrenze durch die Regulierungsbehörde hat gemäß § 16 Abs. 1 S. 1 ARegV so zu erfolgen, dass die nach § 24 Abs. 2 S. 1 ARegV ermittelten Ineffizienzen unter Anwendung eines Verteilungsfaktors rechnerisch innerhalb einer oder mehrerer Regulierungsperioden gleichmäßig abgebaut werden (individuelle Effizienzvorgabe).

Für die erste Regulierungsperiode wird die individuelle Effizienzvorgabe gemäß § 16 Abs. 1 S. 2 ARegV dahingehend bestimmt, dass der Abbau der ermittelten Ineffizienzen nach zwei Regulierungsperioden abgeschlossen ist. Eine Regulierungsperiode dauert gemäß § 3 Abs. 2 ARegV fünf Jahre. Somit hat der Abbau der ermittelten Ineffizienzen in der ersten Regulierungsperiode rechnerisch innerhalb von zehn Jahren zu geschehen. Daraus ergibt sich ein Verteilungsfaktor (V_t) von $0,1 * t$.

Abweichend von § 3 Abs. 2 ARegV beträgt gemäß § 34 Abs. 1b S. 1 ARegV die Dauer der ersten Regulierungsperiode für Gas vier Jahre. Dies hat jedoch auf die Bestimmung des Verteilungsfaktors gemäß § 34 Abs. 1b S. 2 ARegV keine Auswirkung.

gen, da die Erlösobergrenze unter anteiliger Berücksichtigung der Effizienzvorgaben für die erste Regulierungsperiode bestimmt wird. Dies bedeutet, innerhalb der ersten Regulierungsperiode sind vier Zehntel der ermittelten Ineffizienzen abzubauen.

5.6 Verbraucherpreisgesamtindex

Gemäß § 8 ARegV ergibt sich der Wert für die allgemeine Geldwertentwicklung aus dem durch das Statistische Bundesamt veröffentlichten Verbraucherpreisgesamtindex (VPI). Für die Bestimmung der Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 1 ARegV wird der Verbraucherpreisgesamtindex des vorletzten Kalenderjahres vor dem Jahr, für das die Erlösobergrenze gilt, verwendet. Dieser wird ins Verhältnis gesetzt zum Verbraucherpreisgesamtindex für das Basisjahr.

Das Basisjahr ist gemäß § 6 Abs. 1 ARegV das Jahr 2006. Gemäß Statistischem Bundesamt beträgt der VPI für das Jahr 2006 101,6 und der VPI für das Jahr 2007 103,90, wobei der Wert des Jahres 2005 auf 100 normiert ist (siehe [www.destatis.de / Preise / Verbraucherpreise / Gesamtindex](http://www.destatis.de/Preise/Verbraucherpreise/Gesamtindex) nach 12 Abteilungen: Tabelle: Verbraucherpreisindex für Deutschland, 2005 = 100, Spalte: Gesamtindex (alle 12 Abteilungen)). Entsprechend dem Term VPI_t / VPI_0 der in Anlage 1 zu § 7 aufgeführten Regulierungsformel ergibt das Verhältnis des VPI für das Jahr 2007 zum VPI für das Jahr 2006 für das erste Jahr der ersten Regulierungsperiode (2009) einen Inflationsierungsfaktor in Höhe von 1,0226. Die Inflationsrate für das Jahr 2007 – d. h. die relative prozentuale Änderung des VPI 2007 gegenüber dem VPI des Basisjahres 2006 – beträgt damit 2,26%.

In Ermangelung eines zum Zeitpunkt der Erstellung des Anhörungsschreibens in der zweiten Hälfte des Jahres 2008 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten VPI für die Jahre 2008 ff. war für die Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der ersten Regulierungsperiode eine Prognose des jeweiligen VPI für die Jahre 2008 bis 2010 notwendig. Für die Prognose des VPI wurde angenommen, dass sich der VPI gegenüber dem Vorjahr jährlich um die Inflationsrate des Jahres 2007 in Höhe von 2,26% erhöht (siehe Anlage 1, Punkt 2.4, Zeilen 24 und 25).

Es erfolgt gemäß § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 1 ARegV jeweils zum 01. Januar eines Kalenderjahres eine jährliche Anpassung des VPI durch den Netzbetreiber. Die tatsächlichen

Erlösobergrenzen in den Jahren 2010 bis 2012 können daher auch aus diesem Grund von den in den Anlagen genannten Werten abweichen.

5.7 Produktivitätsfaktor

Internationale Erfahrungen mit Anreizregulierungssystemen zeigen, dass in monopolistisch strukturierten Wirtschaftsbereichen wie den Strom- und Gasnetzen bei der Simulation von Wettbewerb durch Einführung einer Anreizregulierung höhere Produktivitätssteigerungen zu realisieren sind als in wettbewerblich organisierten Märkten. In funktionsfähigen Wettbewerbsmärkten zwingen die Marktkräfte die Marktteilnehmer dazu, Produktivitätsfortschritte zu realisieren und die daraus resultierenden Zugewinne in Form niedrigerer Preise an die Kunden weiterzugeben. Im Rahmen der Anreizregulierung der Strom- und Gasnetze ist bei der Bestimmung der Erlösobergrenzen nicht nur zu berücksichtigen, wie ein Netzbetreiber seine individuelle Effizienz gegenüber anderen Netzbetreibern verbessern kann (individuelle Effizienzvorgabe), sondern auch, wie sich die Produktivität der gesamten Branche abweichend von der Gesamtwirtschaft entwickelt. Dies erfolgt durch den generellen sektoralen Produktivitätsfaktor.

Gemäß § 9 Abs. 1 ARegV wird der generelle sektorale Produktivitätsfaktor aus der Abweichung des netzwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritts vom gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt und der gesamtwirtschaftlichen Estandspreisentwicklung von der netzwirtschaftlichen Estandspreisentwicklung ermittelt.

In der ersten Regulierungsperiode beträgt der generelle sektorale Produktivitätsfaktor für Gas- und Stromnetzbetreiber jährlich 1,25 Prozent, in der zweiten Regulierungsperiode jährlich 1,5 Prozent (§ 9 Abs. 2 ARegV). Dies bedeutet, dass jeder Netzbetreiber über die individuelle Effizienzgrenze hinaus seine Kosten (mit Ausnahme der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten) bezogen auf das Vorjahr um weitere 1,25% abbauen muss.

In Anlage 1 zu § 7 der ARegV wird die in der dort aufgeführten Regulierungsformel verwendete Variable PF_t in der dazugehörigen Legende als der generelle sektorale Produktivitätsfaktor nach Maßgabe des § 9 definiert, der die Veränderungen des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für das Jahr t der jeweiligen Regulierungs-

periode im Verhältnis zum ersten Jahr der Regulierungsperiode wiedergibt. Weiterhin wird dort bestimmt, dass in Analogie zu dem in der Regulierungsformel enthaltenen Term

$$\frac{VPI_t}{VPI_0}$$

der PF_t dabei durch Multiplikation der einzelnen Jahreswerte einer Regulierungsperiode zu bilden ist.

Die Veränderungen des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für das Jahr t (PF_t) der jeweiligen Regulierungsperiode im Verhältnis zum ersten Jahr der Regulierungsperiode ergeben sich demgemäß mittels der folgenden Formel:

$$PF_t = (1 + 0,0125)^t - 1 \text{ (siehe dazu Anlage 1, Punkt 2.4, Zeile 27).}$$

Die Berücksichtigung des sektoralen Produktivitätsfortschritts gemäß § 9 ARegV bei der Ermittlung der Erlösobergrenze verstößt nicht gegen die rechtlichen Vorgaben des § 21a Abs. 5 S. 1 EnWG. § 9 ARegV steht insbesondere nicht im ausdrücklichen Widerspruch zu den Regelbeispielen der Ermächtigungsnorm des § 21a Abs. 5 S. 1 HS. 2 EnWG.

Die Vorgaben zur methodischen Fassung einer Erlösobergrenze im Rahmen der Anreizregulierung sind nicht abschließend. Dies ergibt sich aus dem insoweit eindeutigen Wortlaut des § 21a Abs. 5 S. 1 HS. 2 EnWG; die dortige Aufzählung ist keineswegs abschließend („insbesondere“). Nach Sinn und Zweck des § 21a Abs. 5 S. 1 EnWG sollte der verordnungsgeberische Spielraum keinesfalls auf Null reduziert werden.

In monopolistisch geprägten Sektorenmärkten ist der im Falle einer Wettbewerbs-simulation zu erwartende sektorale Produktivitätsfortschritt höher als der gesamtwirtschaftliche Produktivitätsfortschritt, da anders als im Vergleich zu einem wettbewerblichen Umfeld keine Anreize bestehen höhere Produktivitätsfortschritte zu realisieren. Es ist daher erforderlich wettbewerbsanaloge Vorgaben zu machen. Überdies steht diese Sichtweise im Einklang mit den Zielvorgaben des § 1 Abs. 1 EnWG.

Die nach § 21a Abs. 5 S. 1 EnWG geforderte Berücksichtigung der „inflation-bereinigten gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung“ wird grundsätzlich durch die Berücksichtigung der allgemeinen Geldwertentwicklung in der Regulierungsformel abgebildet.

Im Übrigen wird eingewandt, dass die Berücksichtigung des sektoralen Produktivitätsfortschritts rechtswidrig sei, da sich der Faktor für den sektoralen Produktivitätsfortschritt nach der Regulierungsformel aus Anlage 1 zu § 12 der ARegV auch auf vorübergehend nicht beeinflussbare Kostenanteile beziehe, die tatsächlich nicht beeinflussbare Kostenanteile darstellten. Dies gelte insbesondere für die auf nicht zurechenbaren strukturellen Unterschieden beruhenden Kostenanteile, die nach § 11 Abs. 3 S. 2 ARegV immer Bestandteil der vorübergehend nicht beeinflussbaren Kostenanteile i.S.d. § 11 Abs. 3 ARegV seien und somit nicht der Effizienzvorgabe des § 16 Abs.1 ARegV unterlägen.

Nach der Regulierungsformel (Anlage 1 zu § 7 ARegV) sind die Kostenanteile i.S.d. § 14 Abs. 1 Nr. 1 und 2 ARegV der Inflationierung zu unterwerfen. Lediglich die dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten werden von der Inflationierung ausgenommen. Eine Inflationierung der dauerhaft nicht beeinflussbaren Kosten ist aufgrund der Regelung des § 4 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 ARegV nicht erforderlich; in den kalenderjährlichen Anpassungen werden die Inflation und die erhöhte sektorale Produktivität unmittelbar abgebildet. Sämtliche Kosten des Netzbetreibers unterliegen somit mittelbar oder unmittelbar der Inflationierung. Es erfolgt damit – unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen – letztlich eine kalenderjährliche Erhöhung der Erlösobergrenze.

Der Verbraucherpreisindex bildet für sich gesehen bereits die allgemeine volkswirtschaftliche Produktivität ab. Die sektorspezifische Produktivität des Energiemarktes ist aber höher. Der Produktivitätsfaktor nach § 9 ARegV stellt insoweit ein Korrigendum zu dem allzu stark verallgemeinernden Verbraucherpreisindex dar.¹ Es ist sachlich nicht zu rechtfertigen den Verbraucherpreisindex und damit auch den darin enthaltenen Produktivitätsfortschritt allein auf die beeinflussbaren Kosten anzuwenden. Eine Korrektur des Produktivitätsfortschritts muss sich auf den Verbraucherpreisindex als ganzes und auf die zu inflationierenden Kosten insgesamt beziehen.

¹ BR-Drs. 417/07, S.48

Überdies ist die Zielrichtung der Berücksichtigung des sektoralen Produktivitätsfortschritts und der Effizienzvorgabe nach § 16 Abs. 1 ARegV eine grundlegend andere. Während durch § 16 Abs. 1 ARegV das Ziel verfolgt wird, eine weitestgehende Angleichung der Unternehmen zu erreichen, soll die Vorgabe des § 9 ARegV für die in dem zu betrachtenden monopolistischen Sektormarkt enthaltenen Unternehmen sicherstellen, dass diese ihre Produktivitätspotentiale voll ausschöpfen. Der sich aus dem höheren Produktivitätsfortschritt ergebende Monopolgewinn darf keinesfalls perpetuiert werden.

Darüber hinaus wird vorgetragen, dass die durch den Verordnungsgeber vorgenommene Bestimmung des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors für die erste und zweite Regulierungsperiode, wegen des fehlenden wissenschaftlichen Nachweises, gegen das in § 21a Abs. 5 S. 5 EnWG enthaltene Erfordernis der Methodenrobustheit verstoße.

Dieser Einwand ist unzutreffend. Der Verordnungsgeber hat den Produktivitätsfaktor nach dem Stand der Wissenschaft ermittelt. Im „Bericht der Bundesnetzagentur nach § 112a EnWG zur Einführung der Anreizregulierung nach § 21a EnWG“ wurde bereits ausgeführt, dass der tatsächliche Produktivitätsfortschritt des Sektormarktes in einem Zeitraum von 1977 bis 1997 nach dem Törnquist-Index bei 2,54% - folglich wesentlich über 1,25% - liegt. Der Verordnungsgeber hat den bereits im Vorfeld der Veröffentlichung des Berichtes der Bundesnetzagentur vorgetragenen Einwendungen hinsichtlich der Ermittlungsmethodik durch einen äußerst großzügigen Sicherheitsabschlag Rechnung getragen.

5.8 Erweiterungsfaktor

Für Verteilnetzbetreiber sieht § 10 Abs. 1 ARegV die Möglichkeit einer Anpassung der Erlösobergrenze vor, sofern eine nachhaltige Änderung der Versorgungsaufgabe während der Regulierungsperiode eintritt. Eine Anwendung dieser Vorschrift kommt im ersten Jahr der ersten Regulierungsperiode nicht in Betracht. Einer Berücksichtigung steht entgegen, dass für das Jahr 2009 die Erlösobergrenze erstmalig ermittelt wird. Schon der Wortlaut des § 10 Abs. 1 ARegV („während“) setzt die Anpassung einer bereits festgesetzten Erlösobergrenze im Laufe einer Regulierungsperiode vor-

aus. Überdies widerspräche es auch der Systematik sowie Sinn und Zweck der Anpassungsregelung des § 10 ARegV, diese bereits für die Festsetzung der ersten Erlösobergrenze heranzuziehen. Die Ausgangsdatenbasis für die Berechnung bestimmt § 6 ARegV. Damit ist auch der zeitliche Versatz zwischen der Basis für die Kostenermittlung und dem Wirksamwerden der Erlösobergrenzen festgeschrieben. Sie geht vielmehr davon aus, dass die Werte des Basisjahres auch die Ausgangslage für das erste Jahr der ersten Regulierungsperiode bilden. Diese Auslegung wird schließlich bestätigt durch die Begründung der ARegV, nach der nur Kosten für Erweiterungsinvestitionen, die sich bei einer nachhaltigen Änderung der Versorgungsaufgabe „im Laufe“ der Regulierungsperiode ergeben, berücksichtigt werden.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus Anlage 2 zu § 10 ARegV. Die Formel in Anlage 2 zu § 10 ARegV verlangt zunächst Werte für die Fläche des versorgten Gebietes ($F_{0,i}$), die Anzahl der Ausspeisepunkte ($AP_{0,i}$) oder der zeitgleichen Jahreshöchstlast ($L_{0,i}$) im Basisjahr der Anreizregulierung. Basisjahr in diesem Sinne ist nach § 6 Abs. 2 ARegV das Geschäftsjahr 2006. Weiterhin sind die vorgenannten Werte im Jahr t der jeweiligen Regulierungsperiode anzugeben ($F_{t,i} / AP_{t,i} / L_{t,i}$). Durch den Index t,i wird lediglich die Aussage getroffen, dass diese Formel sich auf ein bestimmtes Kalenderjahr in der Regulierungsperiode bezieht und nicht auf die gesamte Regulierungsperiode. Eine Aussage, in welchem Jahr der Regulierungsperiode diese Formel erstmalig Anwendung findet ist hierdurch nicht ableitbar. Die Anwendbarkeit der Formel kann sich allein durch die Regelungen in den §§ 4 Abs. 4 Nr. 1, 10 ARegV ergeben. Auch Anlage 1 nimmt bei den dauerhaft nicht beeinflussbaren Kostenanteilen Bezug auf das Jahr t der Regulierungsperiode. Die Anpassung dieser Kostenanteile im ersten Jahr der Regulierungsperiode ist aber durch § 4 Abs. 3 S. 3 ARegV ausgeschlossen. Der Bezug auf das Jahr t in den Anlagen 1 und 2 zur ARegV stellt somit lediglich klar, dass es sich hierbei um eine Variable handelt, die abhängig vom Kalenderjahr ist; sie trifft noch keine Aussage darüber, in welchem Jahr t die Formel anzuwenden ist.

Die Parameter zur Beschreibung der Versorgungsaufgabe für das Jahr 2009 stehen aber zum 30.06. des Vorjahres 2008 und auch bis zum 30.06.2009 noch nicht vollständig fest. Anlage 2 stellt aber auf Ist-Werte zum Zeitpunkt der Antragstellung (30.06.) ab; Planwerte finden keine Anwendung. Eine ex-post-Kontrolle der durch die Änderung der Versorgungsaufgabe tatsächlich entstandenen Kosten findet nicht statt.

Somit muss die Änderung der Versorgungsaufgabe bereits abgeschlossen sein, um sicher von einer berücksichtigungsfähigen Kostensteigerung beim Netzbetreiber ausgehen zu können. Kosten für Ersatzinvestitionen des Jahres 2009 können bei einer nachhaltigen Änderung der Versorgungsaufgabe im Folgejahr 2010 wiederum als Erweiterungsfaktor - mit Stand 30.06.2010 - beantragt werden.

Da ein Antrag auf Anwendung eines Erweiterungsfaktors gestellt wurde, wird dieser aus den dargestellten Gründen abgelehnt.

Da bezüglich dieses Sachverhaltes hilfsweise ein Härtefallantrag gem. § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 ARegV gestellt worden ist, wird auch dieser abgelehnt. § 10 ARegV regelt die Möglichkeit der Anpassung des Erweiterungsfaktors aufgrund einer nachhaltigen Veränderung der Versorgungsaufgabe abschließend. Bereits nach der Beschreibung der Veränderung der Versorgungsaufgabe in § 10 ARegV kann diese nicht unvorhersehbar für den Netzbetreiber sein. Auch die Systematik von § 4 Abs. 4 ARegV zeigt, dass sich die beiden Fälle ausschließen. Für einen Härtefallantrag nach § 4 Abs. 4 S. 1 Nr. 2 ARegV wäre darüber hinaus darzulegen gewesen, warum die Beibehaltung der Erlösobergrenze in diesem konkreten Fall eine nicht zumutbare Härte darstellt.

5.9 Qualitätselement

Auf die Erlösobergrenzen können gemäß § 19 Abs. 1 ARegV Zu- oder Abschläge vorgenommen werden, wenn Netzbetreiber hinsichtlich der Netzzuverlässigkeit oder der Netzleistungsfähigkeit von Kennzahlvorgaben abweichen (Qualitätselement). Über den Beginn der Anwendung des Qualitätselements entscheidet die Regulierungsbehörde. Es müssen jedoch hinreichend belastbare Daten vorliegen.

Das Qualitätselement findet gemäß § 19 Abs. 2 S. 3 ARegV in der ersten Regulierungsperiode keine Anwendung. Die Anwendung des Qualitätselements wird bei Gasversorgungsnetzen erst im Laufe der zweiten Regulierungsperiode erfolgen, soweit der Regulierungsbehörde hinreichend belastbare Datenreihen vorliegen.

5.10 Regulierungskonto

Die Differenz zwischen den zulässigen Erlösen und den vom Netzbetreiber unter Berücksichtigung der tatsächlichen Mengenentwicklung erzielbaren Erlösen wird gemäß § 5 Abs. 1 S. 1 ARegV jährlich auf einem Regulierungskonto verbucht. Gleiches gilt gemäß § 5 Abs. 1 S. 2 ARegV für die Differenz zwischen den für das Kalenderjahr tatsächlich entstandenen Kosten für die Inanspruchnahme vorgelagerter Netzebenen und den in der Erlösobergrenze diesbezüglich enthaltenen Ansätzen. Die Differenzen sind gemäß § 5 Abs. 2 S. 1 ARegV in Höhe des im jeweiligen Kalenderjahr durchschnittlich gebundenen Betrags zu verzinsen. Der durchschnittlich gebundene Betrag ergibt sich gemäß § 5 Abs. 2 S. 2 ARegV aus dem Mittelwert von Jahresanfangs- und Jahresendbestand. Die Verzinsung richtet sich gemäß § 5 Abs. 2 S. 3 ARegV nach dem auf die letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahre bezogenen Durchschnitt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umlaufrendite festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten. Übersteigen die tatsächlich erzielten Erlöse die nach § 4 ARegV zulässigen Erlöse des letzten abgeschlossenen Kalenderjahres um mehr als 10%, so sind gemäß § 5 Abs. 3 ARegV die Netzentgelte durch den Netzbetreiber nach Maßgabe des § 17 ARegV anzupassen. Die Landesregulierungsbehörde ermittelt gemäß § 5 Abs. 4 S. 1 ARegV den Saldo des Regulierungskontos im letzten Jahr der ersten Regulierungsperiode. Der Ausgleich des Regulierungskontos erfolgt gemäß § 5 Abs. 4 S. 2 ARegV durch gleichmäßig über die folgende Regulierungsperiode verteilte Zu- oder Abschläge. Eine Anpassung der Erlösobergrenze innerhalb der Regulierungsperiode auf Grund der Änderungen der jährlich verbuchten Differenzen nach § 5 Abs. 1 ARegV findet gemäß § 5 Abs. 4 S. 4 ARegV nicht statt.

5.11 Zwischenergebnis (Erlösobergrenze nach Regulierungsformel)

Die sich aus der Regulierungsformel ergebenden kalenderjährlichen Erlösobergrenzen für die erste Regulierungsperiode ergeben sich aus Anlage 1.

5.12 Periodenübergreifende Saldierung

Mehr- oder Mindererlöse nach § 10 GasNEV sind gemäß § 34 Abs. 1 S. 1 ARegV in der ersten Regulierungsperiode als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten oder Erlöse im Sinne des § 11 Abs. 2 ARegV zu behandeln.

Netzbetreiber sind gemäß § 34 Abs. 1 ARegV i.V.m. § 10 S. 1 GasNEV verpflichtet, nach Abschluss einer Kalkulationsperiode die Differenz zwischen den in dieser Kalkulationsperiode aus Netzentgelten erzielten Erlösen und den für diese Kalkulationsperiode nach Abschnitt 1 des Teils 2 der GasNEV zu Grunde gelegten Netzkosten zu ermitteln.

Die Mehr- oder Mindererlöse für das Jahr 2006, die anschließend jeweils zu einem Drittel in den Jahren 2008 bis 2010 anzusetzen sind, ergeben sich bereits aus dem entsprechenden Entgeltbescheid. Die Ergebnisse werden folglich übertragen und bei der Bestimmung der Erlösobergrenze berücksichtigt.

Zur Ermittlung der periodenübergreifenden Saldierung des Jahres 2007 wird zunächst für die abgeschlossene Kalkulationsperiode der Mehr- oder Minderabsatz gegenüber den von dem Netzbetreiber im vorangegangenen Antrag zugrunde gelegten Absatzmengen ermittelt. Diese Mehr- bzw. Mindermengen werden entsprechend dem Zeitananteil herangezogen, in dem 2007 von der Landesregulierungsbehörde genehmigte Entgelte bestanden. Der Zeitananteil wird tagesgenau berechnet, wobei für das Gesamtjahr 365 Tage zugrunde gelegt werden. Eine Aufteilung der Mehr- bzw. Mindererlöse anhand der tatsächlichen Lastsituation wurde nicht durchgeführt. Denn dies würde konsequenterweise auch eine entsprechende Verprobungsrechnung voraussetzen. Die Vorgehensweise der Landesregulierungsbehörde führt langfristig zu demselben Ergebnis wie bei einer temperaturbereinigten Absatzbetrachtung. Eine Pauschalierung im Rahmen einer kalkulatorischen Berechnung ist notwendig. Zudem würde eine Prüfung der zugrunde liegenden Mengen, unter Berücksichtigung unternehmensindividueller Gradtagszahlgewichte, für eine Vielzahl von Netzbetreibern nicht leistbar sein. Eine Vereinfachung ist daher auch verfahrensökonomisch dringend geboten. Es wäre in jedem Einzelfall eine tiefgreifende individuelle Prüfung der individuellen Gradtagszahlgewichte und Berechnungsmethodiken erforderlich.

Der auf Basis der genehmigten Entgelte ermittelte Differenzbetrag wird anschließend für die Jahre 2007 und 2008 verzinst. Für das Jahr 2007 wird gemäß § 10 Satz 5 und 6 die Hälfte des Differenzbetrages verzinst. Für das Jahr 2008 wird das durchschnittlich gebundene Kapital verzinst. Die Verzinsung wird dabei sowohl für die etwaigen Mindererlöse als auch für die etwaigen Mehrerlöse jeweils mit einem Zinssatz von 4,23 % berechnet. Die Berechnung des Zinssatzes ergibt sich aus der Festlegung der Landesregulierungsbehörde vom 22.05.2007 (Anlage 1, Ziffer 4.3). Dort heißt es: Der Zinssatz für die Verzinsung des durchschnittlich gebundenen Betrages und des durchschnittlichen Differenzbetrages i.S.v. § 10 GasNEV wird festgelegt auf den auf die letzten zehn abgeschlossenen Kalenderjahre bezogenen Durchschnitt der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichten Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere inländischer Emittenten. Dies bedeutet, dass der Zinssatz von 4,23 % lediglich für die periodenübergreifende Saldierung 2007 Anwendung findet. Für 2008 ist dieser neu zu ermitteln.

Der so ermittelte aufgezinste Differenzbetrag wird anschließend annuitätisch mit dem Zinssatz von 4,23 % gemäß § 10 GasNEV zu einem Drittel bei der Erlösobergrenze 2009 berücksichtigt. Ein weiteres Drittel wird in die Erlösobergrenze 2010 und das verbleibende Drittel in die Erlösobergrenze 2011 einbezogen. Der Verteilungszeitraum von drei Jahren ergibt sich aus der analogen Anwendung des § 10 GasNEV. Dem Wortlaut des § 34 Abs. 1 S. 2 ARegV ist kein konkreter Verteilungszeitraum zu entnehmen („Der Ausgleich der Mehr oder Mindererlöse erfolgt [...] über die erste Regulierungsperiode verteilt.“). Hingegen regelt der ausdrücklich in Bezug genommene § 10 S. 3 GasNEV den Zeitraum der Verteilung und Verzinsung der annuitätischen Beträge („Eine Saldierung erfolgt jeweils über die drei folgenden Kalkulationsperioden.“). Indem § 34 Abs. 1 S. 2 ARegV den § 10 GasNEV für „entsprechend“ anwendbar erklärt, wird lediglich Rücksicht darauf genommen, dass unter dem Regime der Anreizregulierung eine kalenderjährliche (§ 5 ARegV) und keine geschäftsjährliche (§ 10 i.V.m. § 2 S. 1 Nr. 2 GasNEV) Abgrenzung mehr erfolgt. Dies gilt insbesondere, da im laufenden Kalenderjahr 2009 eine weitere periodenübergreifende Saldierung für das Geschäftsjahr 2008 durchzuführen ist. Eine Verteilung wäre hier denklogisch nicht mehr über die gesamte Regulierungsperiode möglich, da eine Anpassung der Netzentgelte nach § 17 ARegV erst zum 01.01.2010 möglich wäre. Würde man eine solche Verteilung vornehmen, so käme die Annuität des Jahres 2009 dem Netzbetreiber erst in den Jahren 2013 bis 2018 zu Gute bzw. zu

Lasten. Es ist daher sachgerecht, eine annuitätische Verteilung nach den Regeln des § 10 S. 3 GasNEV über drei Jahre vorzunehmen.

Analog wird die Landesregulierungsbehörde im kommenden Jahr einen Mehr- oder Mindererlöse für 2008 ermitteln und dem Antragsteller danach den Betrag mitteilen, der gemäß § 34 Abs. 1 ARegV i.V.m. § 10 GasNEV den genehmigten Erlösobergrenzen für 2010, 2011 und 2012 noch hinzuzurechnen oder abzuziehen ist.

Der so ermittelte Betrag wird im Rahmen der Ermittlung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen jeweils als dauerhaft nicht beeinflussbare Kosten oder Erlöse angesetzt.

5.13 Sonstiges

Hinweis:

Die Position 2.11. Sonstiges der Anlage 1 dient der Berücksichtigung der sich aus den Entscheidungen des Bundesgerichtshofs/Oberlandesgerichts Koblenz ergebenden notwendigen Korrekturen. Die Landesregulierungsbehörde wird nach dem Beschluss des Oberlandesgerichts Koblenz, voraussichtlich im Jahr 2009, die entsprechenden Berechnungen vornehmen.

Die Landesregulierungsbehörde behält sich vor, den Netzbetreiber zu verpflichten, seine kalenderjährlichen Erlösobergrenzen beginnend ab dem 01.01.2010 im Verlauf der Regulierungsperiode um die Mehrerlöse einschließlich einer angemessenen Verzinsung zu reduzieren, die er dadurch erzielt hat, dass er in der Zeit vom 29. Januar 2006 bis zur erstmaligen Genehmigung der Netzentgelte nach der GasNEV seine ursprünglichen Entgelte beibehalten hat. Hinsichtlich dieser Mehrerlösabschöpfung wird die Landesregulierungsbehörde eine gesonderte Entscheidung treffen, die dann im Falle einer Beschwer durch den Netzbetreiber angegriffen werden kann. Es ist daher nicht erforderlich, zur Wahrung der materiellen Rechtsposition des Netzbetreibers gegen den Vorbehalt Beschwerde einzulegen.

Die Landesregulierungsbehörde hatte im Rahmen der Anhörung mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, Hinweise und Auflagen bezüglich der Anpassung und Umsetzung der Erlösobergrenze festzulegen bzw. anzuordnen. Sie hat sich jedoch entschieden,

hierauf zunächst zu verzichten und hierzu den Unternehmen lediglich Handlungsempfehlungen bis Mitte Dezember 2008 zur Verfügung zu stellen. Sie tut dies im Vertrauen darauf, dass die Netzbetreiber ihren Mitwirkungspflichten ordnungsgemäß und fristgerecht nachkommen. Die Landesregulierungsbehörde behält sich jedoch für den Fall, dass die Unternehmen dieser Mitwirkungspflicht nicht ordnungsgemäß bzw. fristgerecht nachkommen, vor, zu einem späteren Zeitpunkt eine eigene Festlegung zur Umsetzung der Erlösobergrenze (Tarifbildung, Verprobung etc.) und deren Anpassung in den Folgejahren zu treffen.

III.

Die Landesregulierungsbehörde hat den Netzbetreiber über die beabsichtigte Festlegung mit Schreiben vom XX.XX.XXXX informiert und Gelegenheit zur Stellungnahme eingeräumt.

IV.

Hinsichtlich der Kosten nach § 91 EnWG ergeht ein gesonderter Bescheid.

V.

Die beigelegten Anlagen 1 bis 5 sind Bestandteil dieser Festlegung.

Rechtsmittelbelehrung

Gegen diesen Bescheid ist die Beschwerde zulässig. Sie ist schriftlich binnen einer mit der Zustellung beginnenden Frist von einem Monat beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz - Landesregulierungsbehörde Energie -, Stiftsstraße 9, 55116 Mainz, einzureichen. Zur Fristwahrung genügt auch, wenn die Beschwerde innerhalb dieser Frist bei dem Beschwerdegericht, dem Oberlandesgericht Koblenz, Stresemannstraße 1, 56068 Koblenz, eingeht.

Die Beschwerde ist zu begründen. Die Frist für die Beschwerdebegründung beträgt einen Monat; sie beginnt mit der Einlegung der Beschwerde und kann auf Antrag von dem oder der Vorsitzenden des Beschwerdegerichts verlängert werden. Die Beschwerdebegründung muss eine Erklärung enthalten, inwieweit die Entscheidung angefochten und ihre Abänderung oder Aufhebung beantragt wird. Ferner muss sie Tatsachen und Beweismittel enthalten, auf die sich die Beschwerde stützt. Beschwerdeschrift und Beschwerdebegründung müssen durch einen Rechtsanwalt unterzeichnet sein.

Die Beschwerde hat keine aufschiebende Wirkung. Auf Antrag kann das Beschwerdegericht die aufschiebende Wirkung ganz oder teilweise wiederherstellen.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Krüger

Anlagen: Anlage 1 - Ermittlung der Erlösbergrenze

 Anlage 2 - Berechnung der kalkulatorischen Eigenkapitalverzinsung

 Anlage 3 - Basisdaten zur Ermittlung der Erlösbergrenze

Anlage 4 - Ermittlung der periodenübergreifenden Saldierung

Anlage 5 - CD-ROM (beinhaltet die o.g. Anlagen)